

08.07.2015

## Kleine Anfrage 3652

des Abgeordneten Gregor Golland CDU

### **Kriminellen Gruppierungen nicht die Straße überlassen – GdP befürchtet rechtsfreie Räume**

In Duisburg kam es in den vergangenen 14 Tagen zu mindestens zwei Großeinsätzen der Polizei. Einmal wegen einer Massenschlägerei und ein anderes Mal eskalierte die Kontrolle von zwei jungen Männern, die stark nach Cannabis rochen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) befürchtet, dass in den „Problemstadtteilen des Ruhrgebietes mit einem hohen Zuwandererpotenzial rechtsfreie Räume entstehen, in denen kriminelle Gruppierungen durch gezielte Einschüchterungen polizeiliche Maßnahmen verhindern wollen“. Die GdP fordert deshalb, dass in solchen Viertel Mindeststärken für die Polizeiwachen festgelegt werden, die nicht unterschritten werden dürfen. "Wir dürfen kriminellen Gruppierungen nicht die Straße überlassen, sonst werden ganze Stadtteile weiter abrutschen und mit ihnen die dort lebenden Menschen“, so GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert am 30.06.2015 auf <http://www.derwesten.de> („Polizisten angegriffen - Zehn Streifenwagen rücken nach Marxloh aus“).

Laut GdP bestehe die Problematik auch in anderen Großstädten. Nahezu jede Woche entstünden Situationen, in denen Polizisten von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen werden: „Für die kriminellen Banden ist es ein Spiel. Sie wissen, dass die Polizei in ihrem Stadtviertel keine Maßnahmen mehr durchsetzen kann, wenn sie nach Angriffen auf einzelne Polizisten nicht sofort fünf bis zehn Streifenwagen zur Verstärkung heranziehen kann.“

Sorge bereitet der GdP vor allem das Vordringen von Großfamilien in den Problemvierteln. In Duisburg kämpften zudem mehrere rivalisierende Rocker- sowie andere Gruppen um die Vorherrschaft auf der Straße.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie waren die genauen Tathergänge in beiden oben beschriebenen Fällen?

Datum des Originals: 03.07.2015/Ausgegeben: 09.07.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

2. Wie oft kam es in den letzten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen zu ähnlichen Situationen, in denen nur durch Großaufgebote die Lage unter Kontrolle gebracht wurde oder sich die Polizei sogar zurückziehen musste? (Bitte jeden Fall nach Datum, Ort, Tathergang, Anzahl der Verdächtigen und spätere Strafen auflisten)
3. Welche effektiven und wirksamen Maßnahmen gedenkt die Landesregierung gegen solche Vorfälle zu ergreifen?
4. Ist die Integration bestimmter Milieus und Clans in unserem Land gescheitert?
5. Wie viele kriminelle Clans und Großfamilien sind der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen bekannt? (Bitte einzeln auflisten und beschreiben.)

Gregor Golland